

Bezugspreis:
Wochenschrift 10,50 M., monatlich 3,50 M.
frei ins Haus, voranz zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 3,50 M., ggf. Zu-
stellungsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
6,75 M., für das übrige Ausland
10,75 M., bei täglich einmal Zustellung
5,25 M. Postbestellungen nehmen an
Dänemark, Holland, Buzenburg,
Schweden u. die Schweiz. Eingetragene
in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achteigentlichste Nonpareil-Legelle
kostet 1,80 M. „Kleine Anzeigen“,
das feinstgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig
2 feinstgedruckte Worte), jedes weitere
Wort 50 Pfg. Stellenanzeige und
Schlafstellenanzeigen das erste Wort
65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Feuerungsanzeigen 50%,
Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen
1,50 M. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 8 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben
werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis
8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 31. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Bethmann-Hollweg wird vernommen.

Die vierte öffentliche Sitzung der parlamen-
tarischen Untersuchungskommission tagt am
heutigen Freitagvormittag im hohen hellen Saal des Haupt-
ausbaus, den eine erwartungsvoll gedrängte Menge von
Parlamentariern, Pressevertretern und sonstigen Zuhörern
füllt.

Es erscheint Dr. Theobald v. Bethmann-Hollweg,
Reichskanzler a. D., 63 Jahre alt, lang, grauhaarig, verwittert,
königlich preussischer Bureaukrat, in der „Dahentour“ der
Verwaltung durch Fleiß, Treue, Rechtschaffenheit aufgestiegen
zum Oberpräsidenten, Minister des Innern, Staatssekretär
des Innern und Kanzler-Stellvertreter, dann nach Bülow, des
Seiltänzers, Abgang selber Reichskanzler. Kein Seiltänzer.
Die Sorgenfalte im Gesicht, die er immer trug, ist noch schärfer
ausgeprägt. Erav, bedächtig, ehrlicher Monarchist, treuer
Diener seines Herrn, Ehrfurcht, langsamer Denker, stets das
Beste wollend, stets auf grübelnder Suche nach dem Richtigen.
Jetzt der Mann, der unter der Anklage steht, das schwerste
Unglück mitverschuldet zu haben, das je über ein großes Volk
gekommen ist.

Einem, dem immer alles daneben ging! Krieg, Einmarsch
in Belgien, U-Boot-Krieg, alldeutsche Geze, Niederlage, glei-
ches Wahlrecht, parlamentarisches System, Sturz der Throne,
Republik — er hat das alles nicht gewollt, und es ist doch ge-
kommen.

Eine Stimme aus dem Grabe ist's, die uns
entgegenklingt. Wir kennen sie noch aus dem Reichstag, als
die Stimme eines Mächtigen. Jetzt ist diese Scheinmacht in
nichts zusammengesunken. In uns spricht ein toter Mann.

Wird er, der aus seiner Abgeschiedenheit in Hohenfinow
gekommen ist, um zu zeugen, seine Widersacher und Schicksals-
genossen durch schonungsvolles Schweigen beschämen? Oder
wird er auf einen Schelmen anderthalbe sehen, Anklage mit
Anklage, Enthüllung mit Enthüllung beantworten?

Eine starke Spannung liegt über dem Saal, als
er sich an dem Vernehmungstisch niederläßt und seine Papiere
vor sich ausbreitet.

Aber vor der Vernehmung erfolgt noch die Vereidi-
gung. Auf Frage des Vorsitzenden erklärt Bethmann den
Eid mit dem religiösen Zusatz leisten zu wollen, und er spricht
ihn mit fester Stimme. Dann fordert ihn der Vor-
sitzende, der konservative Abg. Warmuth, auf, sich darüber
zu äußern:

1. Warum das Friedensangebot vom 12. Dezem-
ber erfolgte, obgleich eine Friedensaktion Wilsons durch
Deutschland angeregt und bis Ende Dezember in sichere Aus-
sicht gestellt war?

2. Aus welchen Gründen Wilson die konkreten Friedens-
bedingungen nicht mitgeteilt wurden und schließlich

3. die bange Hauptfrage: „Aus welchen Gründen hat die
politische Reichsleitung die von ihr angeregte Friedensaktion
Wilson's nicht weiter betrieben und statt ihrer die Zustim-
mung zur Führung des rücksichtslosen
U-Boot-Krieges gegeben, von dem sie wußte, daß er
zum Kriege mit Amerika führen würde?“

Der ehemalige Reichskanzler gibt dann seine
Auslage über, indem er einen auf der Schreibmaschine
gestelltesten Kuffak abliest. Er verteidigt das deutsche Friedens-
angebot vom 12. Dezember 1918, das keineswegs eine Durch-
kreuzung der Aktion Wilson's beabsichtigt oder bewirkt habe.
Er liest murmelnd, nur selten seine Stimme erhebend, und
was er vorliest, ist zunächst weiter nichts als ein längerlicher
Bethmann-offizieller Leitartikel, also das Gegenteil von auf-
regend. Die erste halbe Stunde bringt sehr viel Neues und
gar nichts Neues, keine neuen Tatsachen und keine neuen
Gesichtspunkte. Dann kommt der Vortragende auf die
Gründe des Angebots vom 12. Dezember und wirft bei dieser
Gelegenheit den Annerkennungisten vor, die Stimmung im
Reiche zu wanken zu haben. An diesem Angebot hängt er
offenbar mit väterlicher Liebe, er schildert das Wech in Eng-
land, wo gerade am Tage zuvor, am 11. Dezember, das
Kabinett in kriegerischem Sinne umgebildet worden war.
Das Angebot, so führte er mit lebhaftem Eifer aus, hätte
ja nicht abgelehnt werden müssen, es hätte auch angenommen
werden können.

Die Friedensresolution vom Juli 1917 —
nun wird die Sache interessant — entsprach ganz der Rich-
tung der Bethmann-Politik. Dieser habe es bis dahin an
einer Mehrheit im Parlament und in der öffentlichen Mei-
nung gefehlt, die erst zustande gekommen sei gerade als er
selber starbe. Bethmann nennt's ein Verhängnis. Eine
Weile darauf spricht er mit dumpfer Stimme von einer
FATALITÄT und dann wieder von Verhängnis. Das gibt dem
Ganzen den Ton.

Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs
Heute ist in Wien der Parteitag der Sozialdemokratie
Oesterreichs zusammengetreten.

Eine Rede Kenners.

Den Wiener Blättern zufolge hielt Staatskanzler
Kerner in einer Wählerversammlung eine Rede, wobei
es zu heftigen Szenen mit den anwesenden Kommu-
nisten kam, von denen eine Anzahl bei den Versuchen, den
Staatskanzler zu unterbrechen, mit Gewalt aus der Ver-
sammlung entfernt wurde. Nach Wiederherstellung der
Ruhe erklärte Kerner gegenüber den Kommunisten: Sie
wollen die Vergewaltigung, wir die Demokratie.
Die Kommunisten verlangen von mir, daß ich die Diktatur
auftriede und Andersdenkenden meinen Willen aufnötze.
Natürlich soll ich auch in einem Aufwachen über Nacht den
Sozialismus dekretieren; das ist ungerecht und unmöglich.

Der Staatskanzler erklärte hierauf über die Zukunft
Oesterreichs: Wenn uns keine Möglichkeit gegeben
wird zu leben, dann werden die Massen, jeden Wider-
stand brechend, den Anschluß an Deutschland für-
mäßig fordern. Das sage ich in vollem Bewußtsein
meiner Verantwortung. Es muß nicht so kommen, und ich
darf hoffen, daß die Ententemächte ihre Pflicht tun werden.
Ich habe meine Politik darauf eingerichtet: Wir werden
künftighin Völkerverbundpolitik und nicht Anschluß-
und nicht Nebeneinanderpolitik machen. Heute kann man mit
Ruhe sagen: Die Welt will zur Ruhe kommen und
unter der Herrschaft der vier Ententemächte wird die Freiheit
des Verkehrs wiederhergestellt werden. Durch die Macht
des Völkerverbundes wird der Verkehr von Staat zu Staat
wieder ermöglicht werden. Wir werden zwar ein kleiner
Staat sein, aber wir werden arbeiten und leben können und
den fürchterlichen Zusammenbruch überwinden. Das ist das
Tor, welches die Entente uns offen gelassen hat. An dem
Tage, an dem wir in den Völkerverbund eintreten,
werden wir die Freiheit des Verkehrs, die Freiheit des An-
schlusses an Deutschland erringen.

Das Thema des U-Bootkrieges wird dann breit
erörtert. Die Marine machte sich im Winter 16/17 stark,
England bis zur Erntz niederzuringen. Der
1. Februar sei jetzt der Termin zum Beginn des U-Boot-
krieges, sonst sei die Gelegenheit verpaßt. Die Oberste Heeres-
leitung, gestützt auf eine große Mehrheit der Bevölkerung,
forderte unverzüglich die Anwendung dieses Kampfmittels.
Wer, wie der Kanzler selbst, den Glauben an die Kraft dieses
Mittels nicht besaß, sei systematischen Verleum-
dungen ausgesetzt gewesen. Auch die Mehrheit des
Reichstages, konservative, Nationallibe-
rale und Zentrum sei auf Seite der U-Bootpartei ge-
wesen. Das Zentrum besonders habe im Oktober erklärt, wenn
die Oberste Heeresleitung den U-Bootkrieg fordere, könne sie
auch des Einverständnisses des Reichstages
sicher sein. Auch sei der Reichstag der Obersten Heeres-
leitung und nicht ihm, dem Kanzler, gefolgt. Im Jahre
1915 hätte er noch durchdringen können, weil die Autorität
Hallenbanns nicht groß, die U-Bootzahl gering war und der
Reichstag über den Erfolg dieser Kampfanwendung skeptisch
dachte. 1916 hätten Hindenburg und Ludendorff
als Heerführer das Vertrauen des Volkes ohne Grenzen be-
sessen. Sie forderten den unbeschränkten U-Bootkrieg, volks-
wirtschaftliche Autoritäten forderten ihn und wiesen statisch
nach, daß sein Erfolg sicher sei. Die Verantwortung,
ein Kriegsmittel abzulehnen, für das fast alle waren, war un-
geheuer. So sei der Kanzler nicht im stande gewesen, sich
zu widersetzen.

Am 22. Dezember erklärte Ludendorff in einem
Telegramm, ohne U-Bootkrieg werde der Feldzug verloren
gehen, am 23. telegraphierte Hindenburg, man dürfe
aus dem Grunde auf Wilson's Angebot nicht
eingehen, da es von den Engländern veranlaßt sei. Daß
der U-Bootkrieg den Bruch und den Krieg mit Amerika
bedeute, darüber hätten gar keine Zweifel bestehen
können. Dies wäre ja der Gegenstand eines jahrelangen Kon-
fliktes zwischen der Obersten Heeresleitung
und der politischen Reichsleitung gewesen, ob
man das Risiko eines Krieges mit Amerika auf sich nehmen
könnte.

Herr von Bethmann erörterte nun die Frage, warum er
am 9. Januar nach dem in Bleib gelassenen Beschlusse, den un-
beschränkten U-Bootkrieg zu eröffnen, nicht demissioniert
habe. Er erklärte, er habe nicht gehen können, weil das in
Oesterreich sehr übel gewirkt und außerdem auch in Deutsch-

land Erschütterungen hervorgerufen hätte. Auch seien mit
Ausbruch des unbeschränkten U-Bootkrieges die Möglichkeiten,
zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, noch nicht ganz
geschwunden gewesen. Herr von Bethmann spricht in etwas
geheimnisvoller Weise von solchen Verständigungsmöglichkeiten,
die durch seinen Sturz zerstört worden seien.

Dann kommt er noch einmal auf die wüste Agitation
zu sprechen, die der Admiral von Tirpitz seit 1915 ge-
trieben hatte. Die Meinung, daß die Regierung diese Propa-
ganda hätte verhindern können, rechnete nicht mit den tai-
sächlichen Machtverhältnissen. So wurde eine
Hypnose des Volkes erzeugt. Das war eine schwere
Verfälschung am Volke.

Zum Schluß kommt Bethmann noch einmal auf die par-
lamentarischen Verhältnisse in seiner Regierungszeit zu spre-
chen und beschuldigt die Reichstagsmehrheit, das
Uebergewicht der Obersten Heeresleitung über die Reichs-
leitung gewollt zu haben. Freilich sei es möglich, daß sich
die Verhältnisse ganz anders entwickelt hätten, wenn wir zu
Beginn des Krieges eine parlamentarische Regie-
rung gehabt hätten. Die politische Unreife sei ein
Verhängnis geworden.

Verhängnis und obermal's Verhängnis.
Um 12 1/2 Uhr ist die Vorlesung beendet und die Sitzung
wird auf 4 Uhr nachmittags vertagt.

4. öffentliche Sitzung.

Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Unter-
suchungsausschusses, der die Friedensmöglichkeiten untersuchen
soll, nahm am Freitag seine Arbeiten wieder auf. Die Verhand-
lungen fanden diesmal im großen Saale des Haupt-
ausbaus im Reichstagsgebäude statt.

Um 11 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende Abg. Warmuth die
Sitzung und erklärte: Wir beginnen mit der

Vernehmung des Herrn v. Bethmann-Hollweg.

Der frühere Reichskanzler wird zunächst vereidigt. Herr
v. Bethmann-Hollweg leistet den Eid mit dem religiösen Zusatz.
Der Vorsitzende führt dann fort: Das Thema ist Euer Erzählens
bekannt, es handelt sich um die Wilson'sche Friedensaktion. Wir
haben festzustellen, welches die Reichspolitik in bezug auf die
Wilson'sche Friedensaktion gewesen ist, und welche Grundfälle für
die Reichspolitik maßgebend waren. Ich werde Ihnen in zeit-
licher Hinsicht keinerlei Beschränkungen auferlegen.
Sie können alles vorbringen, was Sie für notwendig erachten.
Es handelt sich besonders um

drei Kernfragen,

deren Beantwortung für den Ausschuß von Bedeutung ist. Diese
Fragen lauten:

1. Aus welchen Gründen ist das Friedensange-
bot am 12. Dezember durch die Centralmächte erfolgt,
trotzdem eine Friedensaktion Wilson's durch Deutschland ange-
regt und bis spätestens Ende Dezember in sichere Aus-
sicht gestellt war.

2. Aus welchen Gründen sind Wilson die konkreten
Friedensbedingungen nicht mitgeteilt worden, und zwar a) nicht-
öffentlich auf seine Note vom 21. Dezember, b) auch nicht ver-
traulich trotz des Ersuchens des Obersten Hauses und Vansings?

3. Aus welchen Gründen hat die politische Reichsleitung
die von ihr angeregte Friedensaktion Wilson's nicht weiter
betrieben und statt ihrer ihre Zustimmung zur Führung
des rücksichtslosen U-Bootkrieges gegeben, von dem sie wußte,
daß er zum Kriege mit Amerika führen würde?

Bei der Beantwortung wird es darauf ankommen, zu erklä-
ren, ob Sie die von Wilson angebotene Friedensvermittlung als
von ihm ernst gemeint ansehen und wenn nicht, welche be-
stimmten Gründe Sie für die gegenseitige Annahme hatten.
Zielten Sie die begonnene Friedensvermittlung, vorausgesetzt daß
sie ernsthaft gemeint war, für aussichtslos oder von vorn-
herein zur Aussichtslosigkeit verurteilt infolge der
Stellungnahme der Entente zur Friedensnote usw. Hat die
Oberste Land- und Seestreitkräfteleitung gegen die Wilson'schen
Wünsche gewirkt? Welche Gründe hatte diese Leitung für die Füh-
rung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges und für seine Annahme
zu dem bestimmten Zeitpunkt ins Feld zu führen? So
wird da die Bessere Konferenz vom 9. Januar eine bedeutende
Rolle spielen. Ich bitte Sie, in ruhigem Zusammenhange alle
diese Fragen zu erörtern.

Reichskanzler a. D. v. Bethmann-Hollweg.

Ich möchte die Tatsachen kurz zusammenfassen, die, wie mir
scheint, in den bisherigen Verhandlungen dieses Ausschusses fest-
gestellt, nicht bestritten und auch von mir als richtig anerkannt
werden. Nachdem wir schon in der ersten Periode, die der Be-
richterstatter umgrenzt hat, durch allgemeine Versprechungen über
Friedensmöglichkeiten der amerikanischen Regierung dokumentiert
hatten, daß wir zu Verhandlungen bereit waren, hat mit dem

Beginn der zweiten Periode eine Aktion von uns mit dem Ziele eingeleitet, daß der Präsident Wilson einen Friedensappell an die Kriegführenden richten möge. Unser Wunsch ging dahin, daß Wilson

die Entente an den Verhandlungstisch bringen sollte. Würde dies, dann sollten die unmittelbaren Beziehungen zwischen den Kriegführenden von diesen allein ohne die Teilnahme Wilsons geregelt werden. Erst in einer anschließenden Konferenz sollten unter Teilnahme Wilsons allgemeine internationale Fragen, wie über die Freiheit der Meere, die Abrüstung, die Schiedsgerichte usw., erörtert werden. Mit diesen Modalitäten war der Präsident Wilson einverstanden. Er hat sogar eine andere Tätigkeit für sich überhaupt nicht beansprucht. Dieser Punkt muß klar beachtet werden. Wenn man die Tätigkeit Wilsons als Friedensvermittlung bezeichnet, so verleiht das zu der Anschauung, als habe Wilson materiell bei der Ordnung der Friedensbedingungen mitwirken wollen. Wenn man in den Akten davon die Rede ist, eine Friedensvermittlung Wilsons wäre nicht gewünscht worden, so bezieht sich das ausschließlich auf eine Vermittlung im gewöhnlichen Wortsinne, auf eine Vermittlung, welche die Teilnahme an der materiellen Formulierung in sich schließt. Nicht getroffen aber wird diejenige Tätigkeit, die ich mit dem Worte „Friedensaktion“ bezeichnen möchte. Der erste kritische Punkt fällt mit dem Friedensangebot zusammen. Der Berichterstatter hat es als einen Kernpunkt bezeichnet, aufzuführen, ob und warum es gerechtfertigt war, daß wir ein eigenes Friedensangebot machten, obwohl wir wußten, daß Wilson einen Friedensappell an die Entente richten würde. Wir verlassen dabei das Gebiet der Tatsachen und gehen damit zur politischen Würdigung feststehender Tatsachen über. Hinter dieser Hauptfrage steht unverkennbar die Vorstellung, daß wir durch unser Friedensangebot die Friedensaktion Wilsons gefördert und gefährdet hätten. Demgegenüber betone ich: Der Friedensappell, den Wilson erlassen wollte und dessen bevorstehenden Erlass Bernstorff in Aussicht stellte, ist in der Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember enthalten. Erschrieben ist diese Note Mitte November. Mitte November hatten wir noch kein eigenes Friedensangebot gemacht und Wilson wußte noch nicht, daß wir diese Absicht hatten. Der klare und unüberlegbare Schluß ist, daß unser Friedensangebot

weder den Präsidenten von seiner Friedensaktion abgehalten noch sie beeinflusst

hat. Ist Wilson darüber verstimmt gewesen, daß wir seinen Friedensschritt nicht abgewartet haben, so steht fest, daß er seiner Verstimmung keinen Einfluß auf sein Handeln eingeräumt hat. Hiernach kann, wenn von einer schädlichen Wirkung unseres Friedensangebotes gesprochen wird, nur gesagt werden, ob es unser Friedensangebot gewesen ist, das die Entente veranlaßt hat, die Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember in einer Weise zu beantworten, die eine Ablehnung gleichgekommen ist, und ob ich, wenn das so war, das hätte wissen müssen und voraussetzen können. Hierbei geraten wir in ein Komplex von Problemen hinein, von denen die amerikanischen Beziehungen nur einen verhältnismäßig kleinen Abschnitt bilden. Die jeweilige militärische Lage, die Interessen der verschiedenen politischen Parteien, die Mentalität der Staatsmänner und verschiedenen Regierungen, alle diese Momente müssen dabei berücksichtigt werden. Trotzdem werden wir dabei immer nur die eine Seite der Dinge beleuchten können.

Ich komme nun zu den Motiven, die uns veranlaßt haben, zu einem eigenen Friedensangebot

zu kommen, ohne die erwartete Friedensaktion Wilsons abzuwarten. Die Gründe, die für ein solches Abwarten sprechen konnten, haben, wie die bisherige Untersuchung ergeben hat, gewiß viel für sich, namentlich heute, wo die Probe aufs Exempel gemacht werden kann. Wenn ich von den Momenten rede, die gegen das Abwarten auf Wilsons Friedensangebot sprachen, so kommt für zunächst die persönliche Seite in Frage, dann die Erfahrung, die wir mit der amerikanischen Regierung und ihrer Stellung zur Entente vorher gemacht hatten und dann unsere Verbindungsmöglichkeit mit den Vereinigten Staaten. Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, daß es dem Präsidenten Wilson mit dem Inausgesprochenen der Friedensaktion nicht ernst gewesen sei. Es lag aber doch für das Urteil der Berliner Zentrale eine lange Latenzperiode vor, die es zweifelhaft machen mußte, ob und wann er glauben würde, seinen Entschluß überhaupt ausführen zu können. Was die persönliche Seite anlangt, so lag nach dem Bericht des Grafen Bernstorff in seinem Charakter

ein gewisser gaudernder Zug. In seinem Bericht vom 14. Januar spricht der Vorkämpfer vom gaudernden Charakter des Herrn Wilson, er sei gewöhnt, alle Fragen

bilatorisch zu behandeln und sei nicht so unbedingt sicher. Nach unseren Berichten sind gerade Ende Dezember 1918 auch neutrale Staatsmänner im Zweifel darüber gewesen, ob der Präsident ernsthaft an den Frieden denke. Wilson war logischer gehandelt durch sein und seines Landes Verhältnis zur Entente. Die Stimmung in den Vereinigten Staaten über der Grad des Wohlwollens zu unseren Gegnern war namentlich im ersten Jahre des Krieges schwankend. In die Seele des Präsidenten selbst können wir nicht hineinkleben, ich will auch nicht den Versuch machen. Freundschaftige Gesinnung für Deutschland hat er, wie Herr Clemenceau neulich feierlich im Senat behauptet hat, nicht gehabt. Aber die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen mag man völlerrechtlich denken wie man will, tatsächlich bedeuten sie eine einseitige Begünstigung unserer Feinde,

ohne die der Krieg wahrscheinlich sehr viel früher zu Ende gewesen wäre. Und ist stets gesagt worden, Wilson könne aus völlerrechtlichen Gründen gegen diese Lieferungen nichts unternehmen. Rossein. Zweifelhaft bleibt aber, ob er sonst eingeschritten wäre. Graf Bernstorff hat behauptet, Wilson habe ihm unmittelbar nach unserer Suffer-Note durch Oberst House wissen lassen, er könne gegen die völlerrechtswidrigen Seemannsmaßnahmen Englands wegen der Nachteile für den amerikanischen Handel nichts unternehmen. Diese Mitteilung ist in zwei Beziehungen von fundamentaler Bedeutung. Einmal hatte und Wilson wiederholt erklärt, er werde, falls wir vom unbeschränkten U-Boot-Krieg abließen, England zur Londoner Deklaration zurückbringen. Nun, durch unsere Suffer-Note hatten wir diese Voraussetzung geschaffen, und dann zeigt die Mitteilung des Obersten House, daß Wilson in allen seinen Handlungen gegen England gebunden war durch die Handelsbeziehungen seines Landes zu England. Das mußte seine Friedensaktion fast befehlen, und es wäre für uns nicht und erzwungen gewesen, seine Friedensaktion als sicheren Faktor in unsere Rechnung einzustellen, selbst aber untätig zu bleiben. Wollten wir, um den Eindruck der Schwäche zu vermeiden, unser Friedensangebot an einem Zeitpunkt machen, wo wir militärisch auf der Höhe standen, so würden wir den Moment verpasst haben, wollten wir uns darauf verlassen, welchen Zeitpunkt Wilson für sein Vorgehen wählen würde. Deshalb waren bei uns alle Vorkehrungen getroffen, unser Friedensangebot herauszulassen, als die Entscheidung des rumänischen Reichstages zu unseren Gunsten gefallen war. Erschwert war unser Verkehr mit Washington durch die

ungünstige briefliche und telegraphische Verbindung.

Ueberdies ist der Bericht auch des tüchtigsten Vorkämpfers auch zunächst ein eigenes Urteil. Tatsächlich lagen die Dinge so, daß wir über einen unkontrollierten Verkehr mit Washington überhaupt nicht verfügten. Die englischen Kabel — die deutschen waren schon unbrauchbar gemacht — standen uns natürlich nicht offen. Der Funkdienst wurde auf amerikanischer Seite durch die Engländer unter Zensur genommen, schwieriger Verkehr war nicht gestattet. Es standen uns für kurze Mitteilungen Möglichkeiten nach zur Verfügung, die allerdings nicht ganz einwandfrei waren und mehr als eine Woche Zeit beanspruchten. Die amerikanische Regierung hatte uns allerdings einen beschränkten Telegrammverkehr durch die hiesige Postanstalt gestattet, sich aber eine Kontrolle der Depeschen vorbehalten. Somit war unsere Orientierungsmöglichkeit geradezu hoffnungslos. Die Erschwerung unseres Verkehrs mit Washington beruhte im wesentlichen auf völlerrechtlich nicht zu begründenden Forderungen Englands, die die amerikanische Regierung sich ohne weiteres gefallen ließ. Es wäre ein gewisser Ausgleich geschaffen worden, wenn Amerika den Vorkämpfer Gerard insandt gesetzt hätte, und über die Intentionen Wilsons fortlaufend zu orientieren. Statt dessen war Herr Gerard eigentlich nur

der Ueberbringer unfreundlicher Noten.

Gerade in den kritischsten Zeiten des Winter 1918/17 erklärte er mir wiederholt mit einem gewissen Ton des Vorwurfs, daß er in Sachen der Wilsonschen Friedensaktion nicht informiert und ohne Instruktion sei. Die Gehässigkeit dieser Momente war es, die mir nicht gestattete, der Grundausfassung des Grafen Bernstorff in vollem Umfange zu folgen. Merkwürdigerweise erichoini mir, daß die berühmten 14 Punkte Wilsons im Januar 1918 aufgesetzt wurden, also zu einer Zeit, wo Amerika in voller Kriegsvorbereitung und gegenüber sich befand. Ich verweise auf das Kreuzerprobe Wilsons vor dem Senat. In dramatischer Ausprägung hat der Präsident das feierlich seine Ueberzeugung bezeugt, daß Amerika in den Krieg gezogen wäre, auch wenn unfererseits keine Gewalttaten an amerikanischen Bürgern vorgekommen wären.

Hiermit glaube ich die Momente, die bei den Zentralmächten gegen ein Warten auf den Schritt des Präsidenten Wilson

sprachen, klar umschreiben zu haben. Ich habe noch einmal hervor, daß es nicht nur die Unfähigkeit des Ob., sondern auch dem W an n war, und vor allem die militärische Bedeutung dieses Mann. Ich komme nunmehr zu den Gründen, die für die Veröffentlichung des Friedensangebotes der Mittelmächte gerade am 12. Oktober sprachen. Es handelt sich da um vielschichtige Gründe, um Gründe bei uns und bei unseren Bundesgenossen und um die Absicht, die feindlichen Regierungen in Verhandlungen zu verstricken und auf den Friedenswünschen der feindlichen Völler zu wirken. Zunächst die äußeren Anlässe. Im Sommer 1918 hatte Baron Curian ein Friedensangebot der Mittelmächte angeregt. Er zweifelte an der Möglichkeit, den Krieg

ausschließlich durch Waffengewalt erfolgreich zu beenden und fürchtete, dem Zeitpunkt entgegenzugehen wo die gesamten Kräfte in der Donaumonarchie weder materiell, noch moralisch einer Fortsetzung des Krieges gewachsen sein würden. Da bis dahin alle Sondierungen über Friedensmöglichkeiten ergebnislos verlaufen waren, war Baron Curian der Ueberzeugung, daß eine öffentlich dokumentierte Friedensbereitschaft der Mittelmächte die Stimmung in der Donaumonarchie heben würde selbst dann, wenn die Kräfte das Angebot ablehnen sollten. Daß nun unabhängig davon bei Baron Curian auch das Bestreben bestand, möglichst bald das Völlerwerden zu beenden, ist ganz selbstverständlich. Die Anregung unseres Bundesgenossen in den Wind zu schlagen, wäre selbst dann ausgeschlossen gewesen, wenn ich ihre Begründung nicht voll anerkannt hätte. Bei uns in Deutschland hatte sich die Kunst geübt denjenigen Volksteilen, welche die zukünftige Sicherung unseres Landes nur von der Verwirklichung mehr oder weniger weitgehende

anexionistischer Kriegsziele abhängig glaubten, und den Schichten, welche solchen Zielen abhold waren, immer mehr erweitert und vertieft.

(Schluß in der Morgen-Ausgabe.)

Ein Reichskohlen-diktator.

In einer Kohlenkonferenz der süddeutschen Minister in Stuttgart wurden im Hinblick auf die gefährdete Brennstoffversorgung Süddeutschlands gleichmäßige Sparmaßnahmen für das ganze Reich, wie Verkleinerung der Holzzeitunde, Einschränkung der Beleuchtung der Straßen und Bergbauungslokale, Verbot der Abgabe von Güterwagen an Private, Verhandlungen mit der Entente wegen Freigabe des Rheinschiffverkehrs zur Nachtzeit usw. verlangt. Zur Durchführung der Maßnahmen solle ein Reichsdiktator, wofür General Gröner vorgeschlagen wurde, eingesetzt werden. Die Vertreter der Ministerien waren dafür, daß die Gesandten der drei süddeutschen Staaten in den nächsten Tagen die Kohlenversorgung vor dem Reichskanzler in Gegenwart des Reichswirtschaftsministers und des Reichskohlenkommissars zur Sprache bringen sollten, außerdem müsse die Frage im Reichsrat aufgestellt werden.

Das Befinden Haafes

hat sich wieder verschlechtert. Nicht allein der Schwächezustand dauert an, sondern auch das Fieber hat sich im Laufe der Nacht wieder erhöht. Der Patient hatte heute früh über 99 Grad Temperatur.

Für unsere Kriegserwartungen! Die Fälle der Vorkämpfer, die von privaten und öffentlichen Organisationen für unsere beimlebenden Gefangenen gemacht wurden, sind nunmehr geordnet und in übersichtlicher Weise in dem soeben erschienenen „Kriegsgefangenen-Verzeichnis“ zusammengestellt. Von besonderer Bedeutung ist die Frage der Einstellung der Rückkehrenden in das Wirtschaftsleben sowie die Ansprüche der Gefangenen auf Sozialversicherung, Militärberufung und Kriegsbeschädigtenfürsorge. Fragen, denen deshalb ein besonders großer Spielraum eingeräumt ist. Die hauptsächlichsten Bestimmungen zum Schutze der Dieter sowie die Rechtsbestände des Schuldners im Broch und in der Zwangsvollstreckung sind eingehend gewöhnt, desgleichen Fragen des Tarifvertrages, der Arbeitszeit, des Landarbeitersrechtes und des Schlichtungswesens. Das Buch, das auch auf die Annette einzugeht, ist klar übersichtlich eingeteilt und für jeden verständlich. Es ist im Verlage „Gesellschaft und Erziehung“, Berlin, zum Preis von 3,50 M. erschienen

Neue Dichtung.

Von Kurt Wolff.

Vielen der heute Jungen ist ihr Dichten Aufschauung gegen einen feilschen oder physischen Zustand, den sie als überwindungsfähig und zerstörungstüchtig erkannt haben. Aus dem Spiel mit Worten, dem musikalischen oder rhythmischen Abwischen altsicherer Werte, aus dem geistigen Geduldsspiel der Verknüpfung wurde plötzlich ein Kampf, wurden geistige Manifeste. In den meisten Fällen ist das Wollen härter als das Können, die Absicht edler als die Form der Ausführung. Und schon sind enge und heilige Begriffe imende Phrase geworden. Schon lehrhafteste Himmelstürmer und Menschheitskämpfer mit gleicher Vorkämpferliebe wie ehemals verpönte und geschmähte Goldschmittler. Man kann auch mit dem Verbrüderungspatros in der Stimme ein Rhythmusmacher sein. Wo ein Radikalismus sich in der Kunst alsu festig gebildet, mag man nicht zurückblicken hinter die Aulissen blicken. Große Ideen, zur Phrase erniedrigt, sind trauriger als kleine Gedanken. In der heutigen Dichtung, insbesondere jener, die politisch gerichtet ist, wird viel durch die Phrase gefährdet.

Diese Bekanntheit, die edle und die falsche, hat die reine Dichtkunst ganz verdrängt. Die Dichter strahlen fast den Klang eines wohnverdrängenden Gefühls, das sanfte Herworströmen seelischer Demagogik, wofür sie nicht ein politisch angelegentliches Ethos demonstrieren. Jüngend ist eine wunderbare Eigenschaft, aber sie wird, ist ihre Geltung auch erfreulich, heute überschätzt. Denn nicht sie dürfte Köpfe geben, sondern die Leistung. Es ist ein Symptom der heutigen Kunst, daß einem allgemein guten Durchschnitt von Geisteskräften nur wenige übertragende, eigene Führer gegenüberstehen. Der Durchschnitt hat sogar ein erkanntes hohes Niveau, aber ihm fehlt das Ursprüngliche; es ist Kunst aus zweiter Hand. Koch, Dantes, Kadeser, Kadeser. Die Gruppen sondern sich nach Führern: vorkämpfend stehen Heintze Mann, Franz Werfel, Kajmit Uhlsmid, Karl Sierahelm, um die markantesten zu nennen.

Ganz auf sich gestellt und konsequent in seiner Entwicklung ist Johannes A. Weher, der Kommentator aus politischem Antriebe. Weisheitsvoller, menschlichfreundlicher Wille ist in ihm fruchtbar. Seine Gedichte sind hübenende Artikeln ins moralische Gefüge einer ablösungsbereitigen Gesellschaftsform. Er ist Vorkämpfer, aber die Diktion zwischen ihm und dem Volke, für das er seine besfeuernden Rhythmen herauszubläutert, wird immer größer. Er spricht ein der Klasse fremdes Idiom; er ist nur mehr den Literaten verständlich. Das ist seine Tragik, denn er möchte von allen verstanden sein. Eines seiner letzten Bücher heißt „Gebilde für ein Volk“. Es vereinigt — entstanden in den Jahren 1917/18, die Schlußstriche zum Kampf für den neuen Menschen. Stellungnahme zu einer politischen Gruppe, Bindung an eine Partei liegt dem Dichter fern, aber die Aufschauung und der Wille stellen ihn auf den äußersten Vorposten des Radikalismus. Was ihm vorwärtschreit, ist das Führertum des Lichts vor den Schwärzen der zum Kampf streitenden Proletariat der Welt zum Umsturz und Aufbau. Betrachtet man die scharf formulierten Ideen aber auf ihren Wirklich-

keitsgehalt, stellt sich tiefe Verwunderung heraus. Dichter sollen Panale sein vor den Völkern; Gedichte Brandmale der Liebe sein, Dramen die Taten der Güte lehren, Romane die Finsternis-Labyrinth der Wirklichkeit zerbrechen und lichte Räume für die Armen weiten. Weher glüht in Ekstasen; er hat das Zeug in sich zu einem hinreißenden Propheten. Aber seine Leidenschaftlichkeit ist hemmungslos. Doch ist er Schöpfer, mit einem Chaos in sich, und er gehalten in Ausbrüchen von vulkanischer Kraft. Mit seinem Namen bezeichnet man die bisher vorgeschobene Station der Weltliteratur. Die letzten Bücher des Dichters, „Gebilde für ein Volk“ (Insel-Verlag) und „Pöan gegen die Zeit“ (Kurt Wolff-Verlag) setzen das begonnene Werk fort, aus dem „Das neue Gedicht“ (Insel-Verlag) eine Auswahl zusammenstellt.

Eine in ihrer Eigenart und Eigenwilligkeit bemerkenswerte literarische Erscheinung ist Alfred Vöhlenstein, der 1914 (schon als Opfer des Krieges fiel. In zwei schmalen Bänden gesammelt liegt der Georg-Müller-Verlag jetzt vor, was er schrieb, Gedichte und Prosa. In sein Verisches spielt heimhafter Welschmerz stark hinein, doch ist die Formung neu, das Erlebnis persönlich. Tiefe Melancholie liegt sich hinter großerer Gesis. Lichterwein erfährt, vor anderen, die ernsthaft erführende Wirkung des Tragikomischen. Die meisten der Gedichte geben Seelenstimmungen in ein landschaftliches Bild suggestiv überseht und sind Gebändnisse eines Weindens, der, lachend und spöttisch, an seiner Zeit lit. Seine Versuche in Prosa sind stizzenhafte Profilierungen bemerkenswerter Individuen, die als Feinerstimmungen fremdwäse typisch; auch da, wo Abrundung scheitert, wirken sie als Notierungen für einen ungeschriebenen Roman, in dem Lichterwein sich vielleicht von der lastenden Schwere seiner Welterfahrung und Erkenntnis befreien wollte.

Als ersten Sonderdruck der „Dichtung“, einer periodisch erscheinenden Folge von Büchern für zeitgeborene Kunst, bringt der Roland-Verlag das Buch der Toten“. Es umfaßt eine Auswahl, knapp aber bezeichnend, aus den Werken jener Dichter, die durch bedeutende Leistung sich schon in der Gegenwartsdichtung verankert hatten, als kriegerischer Tod ihr Leben und ihre Entwicklung abbrach. Vertreten sind Peter Baum, Gustav Sod, Alfred Vöhlenstein, E. W. Boh, Ernst Stadler, Georg Traff und als Bildner mit einem Auschnitt aus seinen „Tierschidialen“ Franz Watz. Die liebevoll und sorgfältig aus dem Gesamtwerk gelösten Proben sind das ehrendste Denkmal für diese Gefallenen.

Als gruppeneiniges Bekenntnis von menschlicher und politischer Tendenz gab Alfred Wulfenstein (im Verlag E. Fischer, Berlin) das Jahrbuch für neue Dichtung und Wertung „Die Erhebung“ heraus. Zieht man die Summe aus diesem Karren und aufrechten Pöde, so erhält man die einmütige Befundung eines welt- und menschenbessenden Willens, der darin einzig ist, daß unsere Wirklichkeit ein Spott- und Herrbild ist. Hinsehend an ihrem Materialismus; Wege aber weih er nicht zu weisen, sondern von Verbesserungen nur ihmatisch zu schwärmen. Auch Politit ist angegründet, aber es ist eine der Ueberzeugunglichkeit, und die Einwände, die zu Anfang gegen Weher's Dichtungen erhoben wurden, liegen sich hier wiederholen. Immerhin aber leuchtet es hier auf von neuen Ideen, tragenden Gedanken und dem Wissen um Wahr-

heit, wie dem Mut zu ihr. Die Wahrheit aber zu erkennen, ist das nächste, was uns obliegt.

Junge Dichter gruppierte der Roland-Verlag in seiner Folge „Die neue Reihe“, kleine Bändchen, die Unbekannte oder kaum Bekannte in die Literatur einführen, aber auch schon Kampfbücher gemindert sind. Iwan Goll's zeitgeborenes Pöde findet Echo in den Herzen Mitteldeutscher. Habe Rhythmen, in die Verhaeren'sen Ton einflingt. Im Titel seiner Sammlung „Der Mensch“, Gedichte von erfreulich reiner, ungebrochener Dicht, gibt Hermann Kasack zugleich das Programm seines Dichtens. Hier ist Arbeit der Gedanken und des Ausdrucks. Kurt Dehn's „Gottes Geigen“ sind noch eng umgrenzt im Persönlichen, nicht Allgemeinlich der H-Ausgabe, die sie darstellen. Die „Reinungen“ der Derrichte Hardenberg sind Studien eines Feinverstandes. Das fehlt Jüngendes. Zu kritischer Form verdrängtes, aber auch Lodes Empfinden und Bemühtwerden der Welt sind die „Shanen“ von Franz Spunda (Georg-Müller-Verlag). Die Ekstase, entzündet von den Wundern der Liebe und dem Glitz des Derrichts, gibt ihm das Pöde, das mit seiner gigantischen Geste überweltet. Ein drohenreines Bekenntnis aus getragener Seelenstimmung zu Liebe, Brüderlichkeit und Menschengemeinschaft zeichnet diesen neuen Dichter aus.

Die literische Rede der schweren Kriegeredle, die ihn mit Leid und Mitleid gnadenlos schlugen, sammelt Rudolf Leonhard in zwei Büchern: „Katholische Pöde“ (Georg-Müller-Verlag) und „Das Chaos“ (Heinrich'sche Verlag, Hannover). Ein Mensch offenbar sich in ihnen, der durch den tiefsten Schmerz der Welt erfüllt ist und dem keine der Uebensituationen erspart geblieben ist. Klammend und beseuert besetzt er sich zur Menschlichkeit. Sein Gedicht ist aber ohne die Gemütsarbeit enger Tendenz. Er beginnt durch den Mythos und ist voll von Mut. Ohne die Grenzen des Verischen zu durchbrechen, spricht er im Vers alles ihm Gemeinende als echter Dichter aus. Die ganz großen Meister des Gedichts wirken ferner als Ahnen dieses Bedeutenden unter den heutigen. An dem Buche „Chaos“, dem die Januar dieser die Dessenlichkeit verbot, ist Leonhard's Stellung zum Krieg an ausgesprochen. Den eigenen Irrtum des Anfangs berbeht er nicht, ihn entschuldigend die Glandsheit. Gestand bleibt die gewonnenen Erkenntnis und der Durchbruch der Wahrheit, die Bestimmung zur Liebe.

Vorlesung. Sonntag 1/12, 10 Uhr, im Saal des Wintergarten in der Straße des Reichstages, 11/12, 11 Uhr, in der „Tribüne“ aus kleinen Raumlichkeiten vor. Kulturkammer. An dem am Freitag, den 11. Oktober, beginnenden Vorkampferabend der W-Theater befinden sich 44 Vorkampfer eine „neue Reihe Kulturkammer, die unerschöpfend und ansichts befehrnd wirken. Da ist zu sehen: „Vorkämpfer“ und „Die Vorkämpfer“ ermonnen mich“ ein anderes Bild ist: „Das Bild in der Vorkampfer“ und ein „Vorkämpfer“. In einem Theater wird auch der Film „Die Quale“ vorgeführt, in dem der Kampf der Quale mit einem Hühnchen veranschaulicht wird. Die Sozialistische Kulturkammer veranstaltet eine Aktion von Vorkämpfern am Sonntag, den 11. November, 11 Uhr, im Saal des Reichstages, 11/12, 11 Uhr, 2. Treppen. Besichtigung Sonntag 10-7, Sonntag 11-5. Vorkämpfer werden dort entgegengenommen.

Streikstimmung in Tilsit.

Am Mittwoch versammelten sich sämtliche drei sozialdemokratische Parteien und stellten mehrere Forderungen auf, u. a. Durchführung der in Tilsit nicht onständigen Truppen, Aufhebung des Belagerungszustandes, Einführung einer Kontrollkommission auf der Eisenbahn zur Überwachung sämtlicher Güter sowie Züge, Einführung einer Arbeiterpolizei zur Unterdrückung des Schleichhandels, sofortige Abschaffung der Bürgerwehr, Schließung der Schulen bis zur Heranschaffung genügenden Brennmaterials, Einsetzung einer Marktkontrolle, die aus Arbeitern bestehen und der die Überwachung der Höchstpreise obliegen soll. In einer am Donnerstag vormittag stattgefundenen Sitzung wurde einstimmig der Generalkreis proklamiert. Vielfach sind bereits verschiedene Arbeiterkategorien in den Streik getreten, so die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke, der Eisenbahnwerkstatt, der Straßenbahn, einiger Maschinenbauwerkstätten und auch verschiedener Holzwerke. Andere Betriebe widersetzen sich noch dem Streik. Zur Sonntag vormittag 10 Uhr ist eine weitere Versammlung angelegt, in der nochmals über den Streik abgestimmt werden soll.

Betriebseinschränkung der Frankfurter Straßenbahn. Wegen der großen Kohlennot muß die Straßenbahn am Sonntag den Betrieb einschränken.

Die Stadtratswahlen in Stettin. In der am Donnerstag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurden die Wahlen von 13 unabhängigen Stadträten vorgenommen. Gewählt wurden: 1 Unabhängiger, 4 Mehrheitssozialisten, 1 Deutschnationaler, 1 Deutscher Volksparteiler, 3 Demokraten, darunter eine Frau, ein Vertreter der Beamtengruppe, ein Mitglied der Bürgerpartei und ein anderer bürgerlicher Kandidat, der auf einer zusammengeführten Liste gewählt wurde.

Industrie und Handel.

Börse.

Die günstigen Mitteilungen, die in den Generalversammlungen verschiedener Unternehmungen gemacht wurden, regte die Kaufkraft für Montanwerte an, die teilweise anscheinlich Kurssteigerungen neuerlich erzielen konnten, so vor allem Rhönberg, die circa 8 Proz. gewannen. Auch auf den übrigen Gebieten war das Geschäft verhältnismäßig lebhaft und die Tendenz fest. Kolonialpapiere allerdings waren wenig verändert, dagegen Zentralbankwerte nach etwas schwächeren Beginnen begehrt und in den Kursen steigend. Kanada, die mit 550 einschien, erhöhte sich bis auf 553. Schiffsahrtaktien waren im allgemeinen wenig verändert. Rückzahlungspapiere uneinheitlich. Kriegsgeldscheine gewannen etwa 1 Proz. im Anschluß an die Bekanntgabe der Bedingungen zur Prämienanleihe.

Groß-Berlin

Ja, wenn zwei dasselbe tun — !

Die „Freiheit“ gibt ihrem Bericht über die Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, die insofern Überfüllung des Saales betragte, wurde die Ueberfüllung eine mißglückte Schreibung der Redaktion. Sie ruft sich darüber auf, daß die Mitglieder der S. P. D. durch eine Notiz im „Vorwärts“ aufgefordert worden waren, sich schon um 5 Uhr einzufinden. Sehr erstaunt seien dann die Leute der U. S. P. D. gewesen, daß schon lange vor 6 Uhr der große Saal voll besetzt war. Diese Erstaunen haben wohl an den Generalversammlungen der letzten Jahre nicht teilgenommen. Sonst müßten sie wissen, daß auch da schon lange vor dem für den Versammlungsbegann festgesetzten Zeitpunkt kein Apfel mehr zur Erde konnte, weil der Saal — von den Unabhängigen besetzt — voll besetzt war.

Es ist vielleicht nicht das gute Recht auch der zur S. P. D. gehörenden Genossenschaftsmitglieder, sich so zeitig wie möglich einzufinden? Aber gerade das war es, was die Unabhängigen und die Kommunisten beunruhigte — die starke Vertretung von Mitgliedern der S. P. D., die bei den Wahlen zum Ausschuss ihre Stimmen in die Waagschale werfen wollten. Der Kommunistenführer Paul Lange, der als stellvertretender Ausschussvorsitzender die Versammlung leitete, kennzeichnete die Situation ganz richtig, als er spottete, zunächst müßte der Saal von den „Vorwärts“-Lesern zugunsten der Genossenschaftsmitglieder geräumt werden. Darauf kam es an, die unheimlichen „Vorwärts“-Leser und S. P. D.-Mitglieder loszuwerden, die wohl schon als Genossenschaftsmitglieder zweiter Klasse gelten.

Für die nächste Versammlung kündigt die „Freiheit“ an, daß da ihre Genossen in der großen Mehrheit den Ausschuss stellen werden, und sie lobt: „Können das die Anhänger der vollendeten Demokratie nicht lassen?“ Können die Anhänger der „Demokratie“, die Unabhängigen und Kommunisten als „Ideal“ vorwerfen, das nicht lassen, daß es dem Geist der Genossenschaft widerspricht, wenn sie allein den gesamten Ausschuss besetzen? In einer Zeit, wo überall das Verhältnis-mäßigste gefordert wird, setzen sie Himmel und Erde in Bewegung, um nun auch das letzte Drittel des Ausschusses an sich zu bringen und die letzten Sozialdemokraten hinauszudrängen! Das nennen sie „Demokratie“ und das nennen sie „Genossenschaft!“ Und unter „Ausschuss“ verstehen sie eine Körperschaft, in der sie — unter sich sind!

Existenzsicherung durch das „Grüne Kreuz.“

Durch die Zeitungen ging dieser Tage die Mitteilung, daß eine vor zwei Jahren gegründete „Berlin-Märkische Gesellschaft vom Grünen Kreuz“, Zweigstelle der Unternehmungen deutscher Kriegslieferanten, G. m. b. H., in letzter Zeit mit ihren Darlehensgeschäften Verdacht bei der Kriminalpolizei erregt habe. Von Leuten, die das Unternehmen für eine Wohlfahrtsanstalt gehalten und Vorwürfe besaß, aber kein Geld bekommen hätten, seien Anzeigen bei dem Wohlfahrtskommissar eingelaufen. Daraufhin habe die Kriminalpolizei sich den Betrieb genauer angesehen, die Schriftstücke beschlagnahmt und das Geschäft geschlossen.

Hierzu schickte ein Herr Friedr. Weber, Robine, Direktor der G. m. b. H. „Grünes Kreuz“, Berlin, Joachimshaler Str. 27, unaufgefordert die Erklärung, dieses „Grüne Kreuz“ habe mit Darlehensgeschäften nichts zu tun. Die angegriffene „Berlin-Märkische Gesellschaft vom Grünen Kreuz“ sei allerdings, erzählt er, ursprünglich eine Tochterunternehmung gewesen, aber im Frühjahr 1914, als Klagen über die Geschäftsführung kamen, aufgelassen worden. Der Briefbogen, auf dem uns diese Erklärung überhandt wird, trägt den Kopf: „Grünes Kreuz, Schaffung neuer Existenzen, G. m. b. H.“ und nennt als in Betrieb befindliche Tochterunternehmungen eine „Großhandels-Gesellschaft“, eine „Industrie-Gesellschaft“, einen „Frauen-Erwerb“, einen „Grünkreuz-Verlag“, einen „Kreuz-Vertriebsdienst“, eine „Versicherungs-Abteilung“. Das Arbeitsfeld des „Grünen Kreuzes“ ist, wie man sieht, ein bißchen vielfältig. Wer mag bei der „Schaffung neuer Existenzen“ durch das „Grüne Kreuz“ bisher am besten gelassen sein?

Neben eine der Tochterunternehmungen ist gerade jetzt auch und einiges zu hören gekommen, über den „Frauen-Erwerb, G. m. b. H.“, der unter anderem durch Betrieb von „Befriedigungswerkstätten“ arbeitende Mädchen mit Arbeit versorgen will. Man sagt uns, daß Mädchen, die sich melden, zum Eintritt in die Genossenschaft aufgefordert wurden und 100 M. Geschäftskapital zahlen sollten. Das ist doch wohl eine ungewöhnliche Art der Arbeitsbeschaffung, zumal gegenüber Leuten, die in der Regel nichts in die Suppe zu brocken haben.

Die Regelung des Mieterrechts.

Im Wohlfahrtsministerium fanden kürzlich Beratungen einer Kommission statt, die sich aus Vertretern der Regierung, des Zentralrats, des Magistrats, des Mieter und der Hausbesitzer zusammensetzte und die Regelung eines allgemeinen Mieterrechtes vornehmen sollte. Die Beratungen mußten infolge tiefergehender Differenzen abgebrochen werden, so daß die Entscheidung jetzt in den Händen des Ministers liegt. Die Grundzüge der neuen Verordnung läuten die folgenden sein: Durch die Regierung (ausnahmsweise auch durch die Gemeinden) werden Höchstpreislagen für den im Juli 1914 gezahlten Mietpreisen festgelegt. Die Verteilung der Kostenlasten soll so geregelt werden, daß zunächst berechnet wird, wie viel Kosten der Hauswirt im Frieden gebraucht, ihr Friedenspreis wird von der Miete in Abzug gebracht. Für die allgemein gestiegenen Kosten wird ein proportionaler Zuschlag zu Forderungen des Mieters berechnet. Die Verteilung der Kostenlasten zwischen Mieter und Vermieter erfolgt dann in der Weise, daß der Mieter zwei Drittel bis drei Viertel und der Vermieter den Rest zu tragen hat. Es sollen ferner Mieter-räte, bestehend aus Vertretern der Hausbesitzer, berufen werden, denen die Verwaltung der Kohlenvorräte übertragen werden wird.

Raubanfall auf offener Straße.

Am Mittwoch geschrieb: Wie es mit der Sicherheit in den Straßen Berlins steht, beweist ein Raubanfall, dem ich gestern zum Opfer gefallen bin. Als ich in der Nacht vom 29. zum 30. Oktober um 1 Uhr nach der Reinickendorfer Straße passierte, wurde ich an der Schulter von einer Räuberhand von circa 10 Köpfen angefallen. Diese Banditen entwendeten meinen Hut und meinen Spazierstock, rissen mir die Uhr und ein Ringbuch aus der Tasche und zogen mir den Jackett und mein Jackett herunter. Nachdem man mir noch die Stiefel ausziehen wollte, riß ich mich durch einen Sprung von der Hande los und wurde noch von zwei Schritten verfolgt und geschlagen. Ich mußte so notgedrungen in der Nähe meiner Wohnung nach Reinickendorf in Hemdärmeln zurückgehen.

Ein Beweis dafür, wie bitter notwendig der Sicherheitsdienst in Berlin ist, selber aber auch ein Beweis dafür, wie mangelhaft dieser Sicherheitsdienst stellenweise gehandhabt wird.

„Soll und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Einen ungewöhnlichen Gaunerstreich verübte gestern nachmittag eine Schwindlerin in der Danziger Straße. In einer Wohnung, in der ein 12jähriger Knabe allein anwesend war, erschien eine Frau von etwa 30 Jahren, angeblich im Auftrag der Mutter des Knaben. Sie erzählte diesem, seine Mutter habe sie beauftragt, für sie aus der Wohnung Geld und Kleidungsstücke abzuholen. Mutter habe gesagt, wo das Geld liegt, wisse er ja schon. Der arglose Knabe wußte das zwar nicht, suchte aber alles ab und fand auch einen Ringelmarke, den er der Frau übergab. Diese packte dann noch für 20 000 M. Wäsche, Kleidungsstücke und Schmucksachen zusammen und befiel mit dem Bündel eine Droste, in die sie auch den Knaben mitnahm, unter dem Vorwand, daß er zur Mutter mitfahren solle. In der Saarbrücker Straße lie sie plötzlich halten und schickte den Jungen mit dem Koffer zurück, ihr die Handtasche zu holen, die sie mitzunehmen vergessen habe. Die Gaunerin verhielt sich mit der großen Besinnung in der Richtung nach dem Rotenbader Tor zu. Es handelt sich wohl um eine Schwindlerin, die in der letzten Zeit schon wiederholt dergleichen Streiche im kleinen verübt hat. Wer zu ihrer Ermittlung beitragen kann, wird ersucht, sich im Zimmer 51 der Kriminalpolizei zu melden, besonders auch der Drostenkutscher, vor dessen Wagen ein Grauschimmel gespannt war.

Die Entente-Kommissionen und die Telephonnet in Berlin. Wie die „Dona“ zuverlässig erfährt, wird die ohnehin schon große Telephonnet in Berlin eine weitere Veranschaulichung erfahren. Die Entente-Kommissionen, die in den großen Berliner Hotels einquartiert werden sollen, beanspruchen für sich ungefähr 800 eigene Telephonanschlüsse, die sofort gelegt werden sollen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß bereits 27 000 neu angelegte Telephonanschlüsse wegen des herrschenden Materialmangels nicht gelegt werden können, so ergibt sich ohne weiteres die einschneidende Bedeutung der Notwendigkeit, den fremden Kommissionen eine so enorme Anzahl von Anschlüssen zur Verfügung stellen zu müssen.

Alt-Glienitz. Gemeindevertretung. Die Preußenstraße soll in Kürze freigegeben werden. Die Gemeinde schließt sich an Sparmaßnahmen zum Arbeitsnachweis in Adlershof an. Die Kosten betragen 3000—3500 M. Genosse Schneider stellte hierzu den Antrag, dem Arbeitsnachweis in Oberkornweide beizutreten, da unteren Arbeitslosen die Möglichkeit geboten würde, schneller eine Arbeitsstelle zu erhalten. Da der Antrag von Bürgerlichen und Unabhängigen belächelt wurde, wurde er zurückgezogen. Ein Trübsalstrahlentwurf der U. S. P.-Fraktion, den Reichslandwirtschaftsminister in die letzte Stunde des Unterrichts zu verlegen und für die Kinder, welche diesem Unterricht fernblieben, einen Moralunterricht einzurichten, wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Die Kartoffelbörse bei den hiesigen Landwirten sollen beschlagnahmt und der Allgemeinheit zugeführt werden. Für zurückgekehrte Kriegsgefangene wurden 300 M. bewilligt. Der Volksbildungsausschuss will zur Hebung der Volksbildung öffentliche Vortragsreisen veranstalten, sowie erste künstlerische Feiern und heitere Kunst pflegen. Hierzu beantragte er, die Gemeinde möge einen Hügel, ferner einen Amboapparat zur Verfügung stellen. Es werden zu diesem Zweck 25 000 M. bereitgestellt. Die Bürgerlichen stimmten dagegen. Die Erhöhung der Schöffenzahl, welche von der U. S. P.-Fraktion beantragt war (natürlich zu ihren Gunsten), wurde zurückgestellt, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich damit nochmals zu befassen. Das Ministerium des Innern soll ersucht werden, den Entwurf eines Gesetzes über die Verfassung von Groß-Berlin vor Abgabe an die Landesversammlung bekanntzugeben.

Stahndorf. Gemeindevertretung. In öffentlicher Sitzung wurde beraten und beschlossen: 1. Die Gemeindevertretung erklärte sich damit einverstanden, daß die benachbarte Gemeinde Erkertshof sich an das hiesige Miet- und Hypothekeneinigungsamt anschließen kann. 2. Auf Antrag der freien Turnerschaft wurde zur Beschaffung von Turngeräten eine Beihilfe von 100 M. bewilligt. 3. Die Wahl eines neuen Waisenrats wurde vertagt. 4. Der Gemeindeordnete Schuhmachermeister Reuling wurde — für ein ausstehendes Mitglied — in die Armenkommission gewählt. — Im Anschluß an die öffentliche fand eine geheime Sitzung statt.

Dynamo-Werk Elemente-Landort. Sonnabend, 8 Uhr früh, Betriebsversammlung im Stadipark Jungfernhöhe. Anschließend Auszahlung der Streikunterstützung im Streiklokal.

Gewerkschaftsbewegung

Diktatur des Arbeiterausschusses.

Die Straßenbahnarbeiterversammlung, über die wir in der heutigen Morgenausgabe berichteten, hat es außerordentlich glücklich, daß der Arbeiterausschuss am 18. Oktober aus eigener Machtvollkommenheit und ohne die Angestellten befragt zu haben den Streik des gesamten Straßenbahnpersonals proklamiert hat, der allerdings nicht gelungen ist, weil nur ein kleiner Teil des Personals der Diktatur des Ausschusses Folge leistete. Ob die Versammlung auch für zukünftige Fälle dem Ausschuss das Recht der diktatorischen Gewalt übertragen hat, bleibt nach dem Wortlaut der angenommenen Resolution zweifelhaft. Aus der Stimmung der Versammlung und der Haltung der Ausschussvertreter kann aber geschlossen werden, daß der Ausschuss in Zukunft bei wichtigen Anlässen aus eigener Machtvollkommenheit Streiks proklamieren dürfen. Das würde einen Bruch mit den gewerkschaftlichen Gebräuchen und den demokratischen Grundsätzen bedeuten. Bei rein wirtschaftlichen, nach gewerkschaftlichen Grundsätzen geführten Streiks bedarf es keiner Diktatur des Ausschusses, denn in solchen Fällen ist immer Zeit, die Gesamtheit der betreffenden Arbeiter entscheiden zu lassen, ob sie in den Streik treten wollen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Im vorliegenden Falle handelte es sich aber nicht um Forderungen der Straßenbahnarbeiter, sondern um einen Sympathiestreik zugunsten der Metallarbeiter. Hier glaubte der Arbeiterausschuss schnell eingreifen zu müssen, ohne erst die Gesamtheit der Angestellten zu befragen.

Als die Maschinen- und Feiger den Streik in den Elektrizitätswerken beschlossen hatten und die Technische Nothilfe eintrat, wolle der Arbeiterausschuss der Straßenbahn den ganzen Betrieb der Straßenbahn stilllegen, was aber nicht gelang. Gleichzeitig entstand ein Konflikt in der Hauptwerkstatt der Straßenbahn. Ein dort beschäftigter Maschinist schloß sich dem Streik seiner Kollegen nicht an. Infolgedessen übten die Werkstattarbeiter gewisse Restriktionen und deshalb schloß die Betriebsleitung am folgenden Tage die Werkstatt. Als Antwort darauf wolle der Arbeiterausschuss wieder den ganzen Straßenbahnbetrieb stilllegen. Das gelang aber nicht, weil nur ein kleiner Teil des Fahrpersonals der Streikpartei des Ausschusses Folge leistete. Darauf hat die Direktion verfügt: Wer wieder zum Streik auffordert, esse alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind und esse die Mehrheit des Personals den Streik beschließen hat, wird entlassen.

Hierzu kann man sagen, es geht die Direktion nicht an, sondern es ist Sache der Angestellten selbst, ob sie ihrem Ausschuss das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Streiks zu proklamieren, zugesprochen wollen. Man kann aber nicht sagen, daß der Erlaß der Direktion das Streikrecht antastet. Nur gegen die Diktatur des Ausschusses wendet sich die Direktion und damit dürfte sie die Zustimmung der Mehrheit des Straßenbahnpersonals finden, die auf dem Boden der Demokratie und der gewerkschaftlichen Grundsätze steht. Die Versammlung, welche die Diktatur des Ausschusses billigte, war von 2000, höchstens 3000 Personen, also nur von einem Bruchteil der Gesamtheit des Personals besucht. Ob die große Mehrheit, die bei diesem Beschluß nicht mitgewirkt hat, sich demselben unterwerfen wird, bleibt mindestens zweifelhaft. Uns scheint es zweifellos, daß die Versammlung nicht den Willen der Mehrheit des Straßenbahnpersonals zum Ausdruck brachte. Es war eine Versammlung undisziplinierter und gewerkschaftlich wie politisch ungeschulter Elemente. Würden doch sogar der Unabhängige Wegmann angerempelt, als er sich gegen die Aufforderung eines Redners,

Streikbrecher tatgeschlagen.

wandte.

Von welchem „Geist“ die Versammlung befehl war, das zeigte auch ihr ferneres Verhalten. Im Hinblick darauf, daß der Tarifvertrag am 31. Dezember abläuft und die Vertreter des Transportarbeiterverbandes gegenwärtig darüber beraten, unter welchen Bedingungen er verlängert werden könnte, legten die Funktionäre der Straßenbahn der Versammlung einen Antrag vor, der verlangte, daß der Tarif gekündigt und nach dem 1. Januar ohne Tarif gearbeitet werde, damit man für alle Fälle volle Aktionsfreiheit habe. Der Antrag wurde von mehreren Rednern lebhaft befürwortet. Als dann Riedel vom Vorstand des Transportarbeiterverbandes sagte: „Wenn man drauhen mit den Kollegen spricht, dann wissen sie alle, welche Vorteile ihnen der Tarifvertrag gebracht hat“, da brach ein wüster Lärm aus. Man schrie und pffte so lange, bis Riedel, dem es unmöglich war, sich in dem Tumult verständlich zu machen, abtrat mit den Worten: „Wenn der Antrag angenommen wird, werden Sie nach kurzer Zeit einsehen, daß Sie einen Fehler gemacht haben.“ — Einstimmig wurde dann beschlossen: Die Versammlung lehnt den ferneren Abschluß eines Kollektivvertrages ab und verbietet dem Verbandsvorstand, selbständig zu handeln.“

Später gab es noch mehrmals lärmende Auftritte. So, als ein Mitglied des Arbeiterausschusses darlegte, aus welchen Gründen er die Diktatur des Ausschusses nicht bedingungslos anerkennen könne.

Der Metallarbeiterstreik.

Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat am Donnerstagnachmittag eine außerordentliche Hauptversammlung abgehalten, in welcher man sich mit der Stellungnahme des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der Frage der Wiederaufnahme der Arbeit beschäftigte. Es wurde folgende Entscheidung gefaßt:

Die außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller nimmt mit größtem Befremden Kenntnis von den die Wahrheit entstellenden Berichten der Röntgenkommission über die Verhandlungen wegen der Wiederaufnahme der Arbeit. Der Verband Berliner Metallindustrieller stellt fest, daß er niemals auch nur den Versuch gemacht hat, die Arbeiterkraft um die ihr zugehörigen Rechte zu bringen. Es wird in dieser Beziehung auf die von dem Verband am 20. Oktober gemachten Vorwürfe verwiesen. Der Verband stellt fest, daß nach dem das ursprünglich ausgestreute Schlagwort vom beabsichtigten Wobau der Röhre nicht mehr zugehörig ist, nunmehr ein neues Schlagwort von der Entretung der Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit verhindern soll.“

Die Entschliebung berührt nicht die Kernfrage der Sache. Die Streikleitung erblickt eine Entretung der Arbeiter in der Tatsache, daß die Arbeitgeber die aus Anlaß des Streiks entlassenen Arbeiterausschüsse nicht in ihren früheren Ämtern lassen will.

Tarifbewegung der technischen Angestellten des Bau-gewerbes.

In einer kürzlich stattgefundenen großen öffentlichen Versammlung haben die im Bau-gewerbe beschäftigten technischen Angestellten zu dem mit dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin vereinbarten Tarif Stellung genommen und unter der Voraussetzung ihrer Zustimmung erteilt, daß 1. auch die Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte von Groß-Berlin den Tarifvertrag im ganzen annimmt, 2. die freie Vereinbarung unterliegende Regelung der Alterszulagen und der höheren Gehälter für die Älteren

